

**+++ TTIP-Ticker +++ 22.02.2015 +++ Gabriel legt Kompromiss zu Ceta vor +
Wirtschaft und SPD wollen TTIP retten + Hormonfleisch gegen Rohmilchkäse - Ringen um
TTIP + TTIP: "Wir brauchen einen Internationalen Handelsgerichtshof" + SPD-
Fraktionschef: -Bundestag muss Freihandelsabkommen zustimmen + Eurobarometer
:Österreicher gegen TTIP + Da braut sich für die Schweiz etwas zusammen + TTIP-
Handelspakt: Schock für Konsumenten: USA erlauben Gentech- Äpfel + TPP ist pazifisches
TTIP-Pendant. Obama will Super-Freihandelszone forcieren**

Übersicht:

- 1) Freihandelsabkommen: Gabriel legt Kompromiss zu Ceta vor (Zeit-Online, 22. Februar 2015)**
- 2) "Die Welt wartet nicht auf uns". Wirtschaft und SPD wollen TTIP retten (ntv, Sonntag, 22. Februar 2015)**
- 3) Hormonfleisch gegen Rohmilchkäse - Ringen um TTIP (Reuters, Sonntag, 22. Februar 2015)**
- 4) Gabriels Kampf für die vier Buchstaben (Märkische Onlinezeitung - MOZ.de, 22.02.2015)**
- 5) TTIP: "Wir brauchen einen Internationalen Handelsgerichtshof" (EurActiv, 22/02/2015)**
- 6) SPD-Fraktionschef - Bundestag muss Freihandelsabkommen zustimmen (Reuters, 22. Februar 2015)**
- 7) USA Wirtschaft und SPD wollen Handelsabkommen TTIP retten (dpa, 22.02.2015)**
- 8) Eurobarometer :Österreicher gegen TTIP (Wiener Zeitung, 21.02.2015)**
- 9) Da braut sich für die Schweiz etwas zusammen (Basler Zeitung, 20.02.2015)**
- 10) TTIP-Handelspakt: Schock für Konsumenten: USA erlauben Gentech- Äpfel (Kronen-Zeitung, 21.02.2015)**
- 11) TPP ist pazifisches TTIP-Pendant. Obama will Super-Freihandelszone forcieren (n-tv, 21. Februar 2015)**

*** * * * ***

- 1) Freihandelsabkommen Gabriel legt Kompromiss zu Ceta vor (Zeit-Online, 22. Februar 2015)**

Der Wirtschaftsminister hat eine Überarbeitung des Freihandelsabkommens mit Kanada präsentiert. Das Konzept sieht auch eine Alternative zu privaten Schiedsgerichten vor.

Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) (SPD) hat zusammen mit sozialdemokratischen EU-Amtskollegen einen Kompromiss für das Freihandelsabkommen mit Kanada, [Ceta](#), vorgeschlagen. Demnach soll es sehr strenge Regeln für den Investitionsschutz geben - Kritiker fürchten, dass vor privaten Schiedsgerichten nationale Gesetzesentscheidungen ausgehebelt werden könnten.

In einem der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Beschlusspapier der sozialdemokratischen Handelsminister werden mehrere rote Linien gezogen.

Unter anderem soll das Ändern von Gesetzen, auch wenn dies die Gewinnmargen deutlich senkt, keinen Klagegrund mehr darstellen. Zudem soll eine Berufungsoption eingeräumt werden, wenn Investoren in solchen Verfahren Recht bekommen. Und Investoren müssen sich entscheiden, ob sie vor einem nationalen Gericht klagen oder vor einem Schiedsgericht. Um die Zahl der Verfahren zu minimieren, soll das Prinzip "Der Verlierer zahlt" gelten. Dies liegt auf einer Linie mit Überlegungen der EU-Kommission.

"Wir fordern einen neuen Ansatz zur Durchsetzung des Rechts auf Regulierung und des Investitionsschutzes", betonten die Minister mit Blick auf einen neuen Investitionsgerichtshof, der anstelle von privaten Schiedsgerichten vorgesehen ist. Die Richter für solche Verfahren sollen zudem aus einem festgelegten Pool von hochqualifizierten, von der EU, Kanada und den EU-Mitgliedstaaten benannten Schiedsrichtern ausgewählt werden "und soweit möglich qualifizierte Berufsrichter und Wissenschaftler umfassen".

Gabriel hatte bereits [im September angekündigt](#), er wolle versuchen, den umstrittenen [Investorenschutz](#) im Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada noch zu verhindern. Der Minister hatte aber auch wiederholt deutlich gemacht, dass Deutschland den Freihandelsvertrag unterschreiben müsse und sich "Unwohlsein" nicht erlauben könne.

SPD berät mit Wirtschaft über Ceta und TTIP

Ceta gilt als Blaupause auch für das angestrebte [TTIP-Abkommen](#) von EU und USA. Die Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) ist bei beiden ein Hauptknackpunkt.

Eigentlich ist Ceta schon ausverhandelt; derzeit läuft die Prüfung der Rechtsförmlichkeit, bis Ende 2015 sollen die EU-Staats- und Regierungschefs entscheiden, dann die nationalen Parlamente. An diesem Montag gibt es große Beratungskongresse der deutschen Wirtschaft und der SPD zu Ceta und TTIP in Berlin. Gerade in Deutschland ist der Widerstand gegen die Abkommen groß.

Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP würde mit 800 Millionen Verbrauchern der weltgrößte Wirtschaftsraum entstehen.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-02/freihandelsabkommen-sigmar-gabriel-kompromiss-ceta>

2) "Die Welt wartet nicht auf uns". Wirtschaft und SPD wollen TTIP retten ntv, Sonntag, 22. Februar 2015)

Europa und die USA wollen gemeinsam zur weltgrößten Wirtschaftsmacht aufsteigen, um China Paroli zu bieten. Viele Bürger haben Angst, dass ihre Interessen dabei unter die Räder kommen. Wirtschaft und SPD-Spitze gehen jetzt in die Offensive.

Wirtschaft und SPD-Spitze stemmen sich gegen ein Scheitern des EU-Handelsabkommens TTIP mit den USA. An diesem Montag veranstalten der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie die Sozialdemokraten zwei große Kongresse zum Thema. Daran nehmen in Berlin der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, US-Botschafter John B. Emerson, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und DGB-Chef Reiner Hoffmann teil.

Industriepräsident Ulrich Grillo mahnte angesichts großer Widerstände in der Bevölkerung mehr Einsatz von Bundesregierung und Brüssel an, um TTIP zu retten. "Die Weltwirtschaft ist im ständigen Wandel, die Welt wartet nicht auf Europa", sagte der BDI-Chef. Die Verhandlungen der Kommission mit Washington müssten für die Bürger noch besser zu durchschauen seien, die Vorteile sichtbarer werden.

In der SPD und bei Gewerkschaften gibt es großen Widerstand, weil eine Absenkung von Umwelt- und Verbraucherstandards befürchtet wird. Zudem stemmt sich der linke Flügel gegen private Schiedsgerichte, vor denen Konzerne womöglich die Gesetzgebung von Nationalstaaten aushebeln und Schadenersatz einklagen könnten. Durch das TTIP-Abkommen soll der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen, mit 800 Millionen Verbrauchern. Mit dem Wegfall von Zöllen und Handelshemmnissen sollen auf beiden Seiten des Atlantiks neue Jobs und mehr Wachstum entstehen. Standards könnten sich verschlechtern

Umstritten ist auch das bereits fertig ausgehandelte Handelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta). Es gilt als Blaupause für TTIP. Offen ist, ob die Regierung noch Änderungen bei Ceta durchsetzen kann. Verbraucherschützer werfen Schwarz-Rot vor, die Bürger in die Irre zu führen. "Das Versprechen, unsere Standards bleiben erhalten, erweckt den falschen Eindruck", sagte der Vize-Chef der Organisation Foodwatch, Matthias Wolfschmidt. "Sowohl in der EU als auch in den USA sind viele geltende Standards schlecht, zum Beispiel in der Landwirtschaft", sagte Wolfschmidt. Es gebe untragbare Tierhaltungsbedingungen, Antibiotika-Einsatz und Gülleprobleme. "Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, die Standards zu verbessern. Darüber wird im Zuge von TTIP aber gar nicht beraten", kritisierte der Verbraucherschützer.

Grillo glaubt, dass Europa und die USA sich mit TTIP beeilen müssen, um gemeinsam globale Maßstäbe für Handel und Investitionen im 21. Jahrhundert zu setzen. In Anbetracht der Pläne für eine Freihandelszone zwischen den Pazifikstaaten werde der Westen nur dann die Nase vorn behalten. "Politik, aber auch die Wirtschaft, müssen noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten."

Quelle: n-tv.de , ppo/dpa

<http://www.n-tv.de/politik/Wirtschaft-und-SPD-wollen-TTIP-retten-article14562501.html>

3) Hormonfleisch gegen Rohmilchkäse - Ringen um TTIP (Reuters, Sonntag, 22. Februar 2015)

von Hans-Edzard Busemann

Berlin (Reuters) - "Liebe geht durch den Magen", sagt ein altes Sprichwort, und demzufolge müsste es um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der USA und der Europäischen Union (EU) schlecht stehen.

Schlagwörter wie Chlorhühnchen oder Hormonfleisch verderben vielen Verbrauchern hierzulande den Appetit. In den USA werden dagegen bei Rohmilchkäse die Nasen gerümpft. Die Liste gegenseitiger kulinarischer Unverträglichkeiten ließe sich leicht fortsetzen. Auch eineinhalb Jahre nach Beginn der Verhandlungen um einen gemeinsamen Markt, der mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und fast ein Drittel der Welthandelströme umfassen soll, ist der Agrarsektor immer noch der größte Zankapfel zwischen den USA und der EU.

Am nächsten Dienstag steht ein weiteres Schrittden in dem zähen Entscheidungsprozess an. Der Agrarausschuss des europäischen Parlaments berät den Entwurf der Empfehlungen in Sachen Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Die Vorlage liest sich, als wollte Europa seine Normen keinesfalls aufgeben. Die EU-Kommission wird nämlich aufgerufen, sich auf die Einhaltung der EU-Standards bei Lebensmitteln sowie dem Gesundheitsschutz bei Mensch und Tier zu verpflichten.

STREIT UM GENETISCH VERÄNDERTE LEBENSMITTEL

Das hieße beispielsweise, dass US-Lebensmittel, die zum Teil aus genetisch veränderten Organismen (GVO) bestehen, auf dieser Seite des Atlantiks nicht vertrieben werden dürften oder zumindest gekennzeichnet werden müssten. Beides lehnen die USA entschieden ab. Gestritten wird auch um Herkunftsbezeichnungen. Amerikanische Bierbrauer verkaufen in ihrer Heimat beispielsweise "bayerisches Bier". Aus Sicht der USA müsste ihnen das auch in Deutschland erlaubt werden.

In der EU gibt es aber derzeit gleich drei geschützte Herkunftsbezeichnungen. Die sogenannte Ursprungsbezeichnung gilt für Produkte, die vollständig aus einer Region stammen. "Allgäuer Emmentaler" etwa wird mit Allgäuer Milch im Allgäu hergestellt. "Schwäbische Spätzle" unterliegen dagegen nur einer geschützten geografischen Angabe. Das heißt, die Spätzle müssen in Schwaben produziert werden, die Zutaten können aber aus aller Welt kommen. Als dritte Kategorie gibt es noch die garantiert traditionellen Spezialitäten. Dazu zählt "Mozzarella" oder "Serrano"-Schinken, die überall hergestellt werden können, aber nach einem festgelegten Verfahren produziert werden müssen.

USA LEHNEN GESCHÜTZTE EU-HERKUNFTSBEZEICHNUNGEN AB

Den Amerikanern ist das zu kompliziert, sie lehnen diese Herkunftsbezeichnungen ab. Europäer wiederum stoßen sich an der komplexen Lebensmittelaufsicht in den USA. Für die Regulierung sind 15 unterschiedliche Bundesbehörden zuständig. Mitzureden haben dann auch noch Behörden der einzelnen Staaten.

"Bei der Lebensmittelsicherheit werden beide Seiten auf ihren unterschiedlichen Anforderungen beharren", prognostiziert der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Udo Hemmerling. "Das wird auch sicherlich so bleiben", sagte er Reuters. Trotzdem ist damit aus seiner Sicht das Freihandelsabkommen nicht gestorben. "Im Agrarbereich wird es nicht die völlige Liberalisierung geben wie vielleicht im Automobilbereich", sagt er voraus. Bei In- und Exporten dürften Deckelungen vereinbart werden, um die landwirtschaftlichen Strukturen zu schützen.

Die deutsche Agrarbranche wird ein Interesse daran haben, dass nicht alle Marktregulierungen aufgehoben werden. Denn nach einer Ifo-Studie würden vor allem die Amerikaner davon profitieren. Demnach würde sich der derzeitige Überschuss der EU im Agrarhandel mit den USA von sechs Milliarden Euro auf Null reduzieren. Zudem sind die Bauernhöfe in Deutschland im Schnitt deutlich kleiner als die Betriebe in den USA und damit weniger wettbewerbsfähig.

AGRARMINISTER WILL ERFOLG VON TTIP

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt setzt auf das Zustandekommen von TTIP. An Differenzen im Agrarsektor werde das geplante Abkommen nicht scheitern, hatte der CSU-Politiker in einem Reuters-Interview[ID:nL6NOUQ0HF] erklärt. Deutschland dürfe sich als Exportnation nicht den großen wirtschaftlichen Chancen des Freihandelsabkommens verschließen. Nach Ansicht von Wirtschaftsforschern könnten durch das Abkommen beiderseits des Atlantiks Zehntausende neuer Arbeitsplätze entstehen, die Wirtschaft würde einen enormen Schub erhalten.

Zudem würden die von den USA und der EU festgelegten Normen wahrscheinlich weltweit Standards setzen. Außerdem macht die Landwirtschaft nur einen kleinen Bereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Blöcken aus. Die EU-Agrar-Exporte in die USA beziffern sich auf rund 15 Milliarden Euro - vier Prozent aller Exporte.

Der Grünen-Agrarexperte Martin Häusling sieht allerdings in den USA eine neue Gefahr für TTIP wachsen: "Ich glaube, das Abkommen könnte am Ende gar nicht von Europa gestoppt werden, sondern in Amerika", sagte der Europa-Abgeordnete Reuters. "Dort gibt es so viele Bedenken, dass die USA sich für eine Ausrichtung zum Pazifik hin entscheiden könnten." Vor allem in der jüngst erstarkten US-Opposition werde mit ein pazifischen Freihandelsabkommen geliebäugelt, zu dem unter anderem China und Japan zählten. "Es ist unter den Republikanern schwieriger geworden, einen Deal zu machen", warnt Häusling. "Also muss Europa mehr Konzessionen machen."

© Thomson Reuters 2015 Alle Rechte vorbehalten.

<http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEKBN0LQ0F920150222?sp=true>

4) Gabriels Kampf für die vier Buchstaben (Märkische Onlinezeitung - MOZ.de, 22.02.2015)

Berlin (DPA) Es sind Chiffren, die viele Bürger auf die Barrikaden treiben: Ceta und TTIP. Vizekanzler Gabriel will mit mehreren roten Linien für Investoren die Freihandelsabkommen

mit Kanada und den USA retten. Lob kommt sogar von den Widerständlern bei der SPD-Linken.

Sigmar Gabriel kämpft. Der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister will die geplanten und von der Wirtschaft geforderten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA (Ceta und TTIP) retten. Er setzt auf neue Arbeitsplätze, mehr Wachstum - und auf eine in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten noch engere transatlantische Bindung. Er will zugleich den Ruf widerlegen, die SPD sei nicht wirtschaftsfreundlich genug - und Wähler in der Mitte so zurückgewinnen. Es ist ein schwerer Spagat.

Denn auch in der SPD ist der Widerstand groß. Gabriel war am Samstag in Madrid, mit sozialdemokratischen Amtskollegen hat er einen Kompromissvorschlag für Ceta beschlossen. Ceta ist die Blaupause für das weitaus größere Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. An diesem Montag gibt es Kongresse von Wirtschaft und SPD hierzu. Die Ceta-Verhandlungen sind abgeschlossen, aber es sollen nun noch strenge Klauseln für den heikelsten Punkt, die Klageoption vor Schiedsgerichten, eingefügt werden. Bis 2016 sollen die nationalen Parlamente, auch der Bundestag, abstimmen.

Hauptstreitpunkt sind derzeit die Buchstaben ISDS - die englische Abkürzung für sogenannte Investor-Staat-Streitigkeiten. So klagt zum Beispiel derzeit der schwedische Energiekonzern Vattenfall vor einem Schiedsgericht in Washington auf 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz von den deutschen Steuerzahlern wegen des Atomausstiegs. Das ist wegen Regelungen in der Energiecharta möglich, dient aber als Beispiel für das Risiko von Investitionsschutzklauseln. Vattenfall als ausländischer Konzern hat diese Klageoption, zugleich klagt man auch noch wie die deutschen Konzerne Eon und RWE vor dem Bundesverfassungsgericht.

Das Paradoxe: Karlsruhe könnte den Atomausstieg für rechtmäßig erklären, das Schiedsgericht in Washington dennoch die Bundesrepublik Deutschland zur Schadenersatzzahlung verurteilen.

Gabriel will, dass so etwas bei Ceta und TTIP ausgeschlossen wird, Konzerne sollen sich für eine Klageoption entscheiden. Und: Nationale Entscheidungen, wie zum Beispiel zur Abschaltung von Atommeilern, sollen keinen Klagegrund bilden - auch wenn Konzernen dadurch viel Geld durch die Lappen geht. Auch Schuldenschnitte und Bankenabwicklungen sollen kein Grund für ISDS-Verfahren sein.

Zudem schlagen Gabriel und seine Amtskollegen etwas ganz Neues vor: die Schaffung eines Handels- und Investitionsgerichtshofes an Stelle privater Schiedsgerichte. "Die Schiedsrichter sollten aus einem festgelegten Pool von hochqualifizierten, von der EU, Kanada und den EU-Mitgliedstaaten benannten Schiedsrichtern ausgewählt werden", heißt es. Es soll auch eine Quarantänezeit für Richter geben, wenn Interessenskonflikte vorliegen könnten.

Klar ist: Wenn diese Linie von EU-Kommission und Kanada in der derzeit laufenden Prüfung der Rechtsförmlichkeit akzeptiert und bis 2016 von den nationalen Parlamenten gebilligt wird, könnte man bei TTIP nicht hinter solche strengen Maßstäbe zurück.

Mit rund 800 Millionen Verbrauchern soll dank TTIP der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen. Zölle und Handelshemmnisse sollen wegfallen, wie zum Beispiel unterschiedliche Blinker und Spiegel für Autos. Besonders die SPD-Linke hatte Gabriel zu Nachbesserungen

aufgefordert und mit Veto gedroht. Sie lobt ihn nun. "Es ist gut, dass Sigmar Gabriel seine ganze Kraft auf diesen wichtigen Punkt der Schiedsgerichtsbarkeit konzentriert hat", sagt Carsten Sieling, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Gabriel betonen, weder werde bei TTIP die Buchpreisbindung fallen noch könnten US-Konzerne deutsche Wasserversorger aufkaufen. Zum Schreckgespenst wurde das Chlorhühnchen: Das Wirtschaftsministerium betont, nach der Schlachtung dürfe Fleisch in der EU nur mit Wasser gereinigt und nicht wie in den USA mit Chlor desinfiziert werden. Importe aus den USA müssten die EU-Hygienestandards nachweisen, heißt es.

"Das Versprechen, unsere Standards bleiben erhalten, erweckt den falschen Eindruck", kritisiert aber Matthias Wolfschmidt von der Organisation Foodwatch. Es gebe heute etwa in der Landwirtschaft untragbare Tierhaltungsbedingungen, Antibiotika-Einsatz und Gülleprobleme. "Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, die Standards zu verbessern." Darüber werde aber gar nicht beraten.

<http://www.moz.de/nachrichten/deutschland/artikel-ansicht/dg/0/1/1369950/>

5) TTIP: "Wir brauchen einen Internationalen Handelsgerichtshof" EurActiv, 22/02/2015)

Hinweis: Dieser Beitrag gibt die Meinung des Autoren/der Autorin wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise den Standpunkt von EurActiv.

Published: EurActiv, 22/02/2015 - 12:19

[Ein unabhängiger Internationaler Handelsgerichtshof bietet eine große Chance für bereits ausgehandelte, derzeit in Verhandlung stehende oder in der Zukunft geplante Freihandelsabkommen, meint der SPD-Bundestagsabgeordnete Dirk Wiese.]

China könnte mittelfristig so mächtig werden, dass es in der Handelspolitik globale Standards setzt, die auch Europa betreffen. Die EU und die USA sollten das schleunigst verhindern und mit dem Freihandelsabkommen TTIP rechtsstaatliche Prinzipien für einen freizügigen Handel verankern, meint Dirk Wiese, Berichterstatter für die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada im Deutschen Bundestag.

Die öffentlichen Diskussionen um die Bedeutung von Freihandelsabkommen halten unverändert an. Gut so! Aus Sicht eines Sozialdemokraten sind die Diskussionen richtig, denn es wird endlich über das Für und Wider diskutiert. Etwas Vergleichbares hat es bis zum heutigen Tag nicht gegeben. Eine Chance, um zu verdeutlichen warum ein gerechter und auf europäischen Werten basierender Freihandel in einer globalisierten, vernetzten und zunehmend multipolaren Welt von enormer Bedeutung ist.

Dazu ist eine offensive Diskussion notwendig: Das heißt, wir dürfen nicht nur ständig sagen was wir alles nicht wollen, sondern müssen endlich sagen was wir wollen und was für uns essentielle Bestandteile eines Freihandelsabkommens sind (unter anderem Aufhebung der "buy-american-clause"). Wir müssen die richtigen Vorgaben setzen und unsere hohen europäischen Standards zu festen Säulen dieser Abkommen machen. Vor allem müssen wir

aber die geopolitischen Entwicklungen und den Weltmarkt dabei fest im Blick halten. Als Beispiel seien hier die aufstrebenden BRICS-Staaten genannt. Wir müssen jetzt die Initiative ergreifen und gestalten, damit wir nicht irgendwann gestaltet werden. Wir müssen jetzt einer unregulierten Globalisierung entgegentreten und klare Strukturen und Leitplanken einziehen, damit morgen nicht ein anderer Fakten schafft.

Trainerwechsel in den TTIP-Verhandlungen

Schauen wir auf den aktuellen Stand der Verhandlungen. Im Fußball ist es oftmals gut und notwendig den Trainer zu wechseln. Auf europäischer Ebene war, um beim Fußball zu bleiben, der angeordnete Trainerwechsel zu begrüßen. Mit der neuen EU-Kommissarin Celina Malmström weht ein frischer Wind. Dies zeigen Malströms Stellungnahmen zu den Ergebnissen der Konsultationsverfahren zu Investorenschutzklauseln bei TTIP und ersten begrüßenswerten, aber noch nicht ausreichenden Initiativen hin zu mehr Transparenz. Dies sind Schritte in die richtige Richtung.

Hervorzuheben ist aber auch die starke Rolle des Europäischen Parlaments in der aktuellen Debatte, welches durch eigene Initiativen in den kommenden Woche aktiv Einfluss auf die Abkommen nehmen wird. Der Fahrplan der Sozialdemokraten ist dabei klar: Es muss ein Freihandelsabkommen ausgehandelt werden, das gut für die Arbeitsplätze vor Ort, in Deutschland und in Europa ist, primär ein Abkommen für die Bürgerinnen und Bürger und unsere hohen Standards in vielen Bereichen als festen Teil des Abkommens zu Exportschlagnern macht und dem letztendlich die nationalen Parlamenten zustimmen müssen.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Implementierung der ILO-Kernarbeitsnormen essentiell. Allerdings sollten wir den Schwerpunkt dabei nicht auf den formellen Ratifizierungsakt legen, sondern vielmehr die tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Rahmen einer "Roadmap to ILO" anstreben. So haben nicht zuletzt Länder wie Weißrussland und Pakistan vermeintlich vorbildlich alle 8 ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert, sind in der Praxis aber meilenweit von diesen Grundsätzen entfernt.

Drei Punkte für ein besseres TTIP

Grundsätzlich lassen sich drei Punkte aufzeigen, die wir aus den Verhandlungen von TTIP und CETA mitnehmen und für den Abschluss zukünftiger Freihandelsabkommen verwenden können:

Der internationale Investitionsschutz und die darauf beruhende Schiedsgerichtsbarkeit bedürfen einer umfassenden Reform hin zu mehr Transparenz, besseren Klagemöglichkeiten für KMU, der Einführung einer zweiten Instanz, der Einklagbarkeit von Arbeits- und Sozialstandards und einer unabhängigen Institutionalisierung auf multilateraler Ebene in Form eines Internationalen Handelsgerichtshofes, auf dem Weg hin zu einer Stärkung des internationalen Rechts.

Bei vergleichbaren Rechtssystemen sind entsprechende Regelungen nicht notwendig. Nach Durchlaufen sämtlicher nationaler Instanzen kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass eine neutrale Entscheidung über die jeweilige streitige Angelegenheit gefällt wird. Ungeachtet dessen bietet die Schaffung eines unabhängigen Internationalen Handelsgerichtshofes aber auch eine große Chance für bereits ausgehandelte, derzeit in

Verhandlung stehende oder in der Zukunft geplante Freihandelsabkommen. Dieser müsste an eine multilaterale Organisation angedockt werden. Überlegungen, dies durch den EUGH oder den EGMR zu vollziehen, wäre theoretisch denkbar, aber praktisch nicht durchsetzbar, da immer wieder die vermeintliche Parteilichkeit zugunsten der Europäischen Staaten im Raum stehen würde.

Man muss zudem ein erhöhtes Augenmerk darauf richten, was sich im Asien-Pazifik-Raum tut. Da die USA derzeit die TPP Verhandlungen beschleunigen, ist anzunehmen, dass die USA und ihre Verhandlungspartner darin ihre Regeln und Standards für den Handel festschreiben wollen. Bedrohlich kann das außerdem für uns in der EU werden, wenn China so mächtig wird, dass es die globale Handelsstruktur dominant prägen kann. Daher ist es von höchster Wichtigkeit, dass demokratische Länder rechtsstaatliche Prinzipien für einen freizügigen Handel verankern bevor uns andere Länder ihre Standards auferlegen. Ich, als Mitglied des Deutschen Bundestages, möchte jedenfalls mitgestalten, bestehende Defizite ausräumen und reformieren und ich möchte nicht irgendwann gestaltet werden.

Der Autor

Dirk Wiese ist SPD-Politiker und seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und dort Berichterstatter für die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, insbesondere für die Bereiche Investitionsschutz, Schiedsverfahren und Verbraucherstandards. Zudem leitet er innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion den Gesprächskreis Südasiens/ Südostasien.

6) SPD-Fraktionschef - Bundestag muss Freihandelsabkommen zustimmen (Reuters, 22. Februar 2015)

Berlin (Reuters) - Die SPD besteht darauf, dass der Bundestag über die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada entscheiden muss.

"TTIP und Ceta sind 'gemischte Abkommen'. Der Bundestag muss den Abkommen zustimmen", sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in einem am Samstag veröffentlichten Reuters-Interview. Hintergrund ist die Position der EU-Kommission, dass die Abkommen reine EU-Zuständigkeit seien und deshalb nur das Europäische Parlament zustimmen müsse. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte jedoch betont, dass gerade angesichts der Debatten über die Abkommen auch die 28 Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zustimmen müssten.

TTIP und Ceta sind vor allem in Deutschland umstritten. Am Montag veranstaltet die SPD einen Kongress, an dem auch EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström teilnehmen will. Oppermann warnte vor einer "öffentlichen Panikmache" und forderte eine Versachlichung der Debatte. Er betonte zudem, dass die SPD ihre endgültige Entscheidung über eine Zustimmung zu dem bereits vorliegenden Ceta-Abkommen im Sommer treffen werde.

<http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEKBN0LQ0CS20150222>

7) USA Wirtschaft und SPD wollen Handelsabkommen TTIP retten (dpa, 22.02.2015)

Europa und die USA wollen gemeinsam mit Hilfe des Handelsabkommens TTIP zur weltgrößten Wirtschaftsmacht aufsteigen, um China Paroli zu bieten. Foto: Arno Bugi

Wirtschaft und SPD-Spitze stemmen sich gegen ein Scheitern des EU-Handelsabkommens TTIP mit den [USA](#).

Berlin - An diesem Montag veranstalten der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie die Sozialdemokraten zwei große Kongresse zum Thema. Daran nehmen in Berlin der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, US-Botschafter John B. Emerson, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und DGB-Chef Reiner Hoffmann teil.

Industriepäsident Ulrich Grillo mahnte angesichts großer Widerstände in der Bevölkerung mehr Einsatz von [Bundesregierung](#) und Brüssel an, um TTIP zu retten. "Die Weltwirtschaft ist im ständigen Wandel, die Welt wartet nicht auf Europa", sagte der BDI-Chef am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur. Die Verhandlungen der Kommission mit Washington müssten für die Bürger noch besser zu durchschauen seien, die Vorteile sichtbarer werden.

In der SPD und bei Gewerkschaften gibt es großen Widerstand, weil eine Absenkung von Umwelt- und Verbraucherstandards befürchtet wird. Zudem stemmt sich der linke Flügel gegen private Schiedsgerichte, vor denen Konzerne womöglich die Gesetzgebung von Nationalstaaten aushebeln und Schadenersatz einklagen könnten.

Durch das TTIP-Abkommen soll der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen, mit 800 Millionen Verbrauchern. Mit dem Wegfall von Zöllen und Handelshemmnissen sollen auf beiden Seiten des Atlantiks neue Jobs und mehr Wachstum entstehen. Umstritten ist auch das bereits fertig ausgehandelte Handelsabkommen der EU mit Kanada (Ceta). Es gilt als Blaupause für TTIP. Offen ist, ob die Regierung noch Änderungen bei Ceta durchsetzen kann.

Verbraucherschützer werfen Schwarz-Rot vor, die Bürger in die Irre zu führen. "Das Versprechen, unsere Standards bleiben erhalten, erweckt den falschen Eindruck", sagte der Vize-Chef der Organisation Foodwatch, Matthias Wolfschmidt, der dpa. "Sowohl in der EU als auch in den USA sind viele geltende Standards schlecht, zum Beispiel in der Landwirtschaft", sagte Wolfschmidt. Es gebe untragbare Tierhaltungsbedingungen, Antibiotika-Einsatz und Gülleprobleme. "Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, die Standards zu verbessern. Darüber wird im Zuge von TTIP aber gar nicht beraten", kritisierte der Verbraucherschützer.

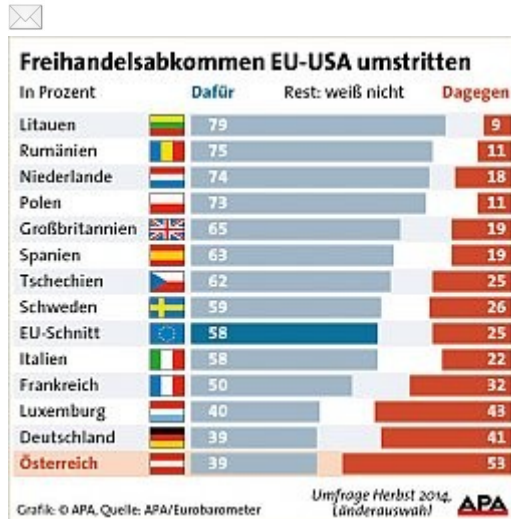
Grillo glaubt, dass Europa und die USA sich mit TTIP beeilen müssen, um gemeinsam globale Maßstäbe für Handel und Investitionen im 21. Jahrhundert zu setzen. In Anbetracht der Pläne für eine Freihandelszone zwischen den Pazifikstaaten werde der Westen nur dann die Nase vorn behalten. "Politik, aber auch die Wirtschaft, müssen noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten."

<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.usa-wirtschaft-und-spd-wollen-handelsabkommen-ttip-retten.85e4a8de-c545-4cb9-af21-ffd94575c300.html>

8) Eurobarometer :Österreicher gegen TTIP (Wiener Zeitung, 21.02.2015)

Von WZO, apa

- Laut Umfrage stärkste Ablehnung innerhalb der EU, hohe Zustimmung zu Datenschutz und Finanztransaktionssteuer.



Umfrage zum Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP). © APA

Brüssel. Die Österreicher sind eindeutig gegen das EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Laut jüngster Eurobarometer-Umfrage im Auftrag der EU-Kommission lehnen 53 Prozent ein solches Abkommen ab. Das ist nicht nur die stärkste Zurückweisung unter allen 28 EU-Staaten, sondern auch der einzige über der 50-Prozent-Marke liegende Satz.

Der durchschnittliche Ablehnungsgrad in der EU liegt bei lediglich 25 Prozent. Am geringsten zeigten sich Litauer mit nur 9 Prozent gegen TTIP eingestellt. Auf der anderen Seite ist bei den Befürwortern Österreich mit nur 39 Prozent gemeinsam mit Deutschland an letzter Stelle. Auch hier sind wiederum die Litauer mit 79 Prozent jene, die am stärksten für das Freihandelsabkommen eintreten. Der EU-Durchschnitt der Befürworter liegt bei 58 Prozent.

Österreich vor Frankreich

Unterstützt wird die Haltung der Österreicher durch die generelle Frage nach dem freien Handel. Hier ist der Zustimmungsgrad mit 59 Prozent der zweitniedrigste nach Frankreich, wo nur 54 Prozent den freien Handel befürworten. Der EU-Durchschnitt liegt bei 70 Prozent, an der Spitze rangiert neuerlich Litauen mit 73 Prozent.

Datenschutz

Der Datenschutz hat für die Österreicher die zweitwichtigste Priorität in der EU. Mit 92 Prozent gibt es nur in Dänemark (93 Prozent) einen höheren Grad. Der EU-Durchschnitt beträgt 79 Prozent, am geringsten wird in Italien die Frage nach einer Priorität des Datenschutzes für die EU (68 Prozent) eingestuft.

Finanztransaktionssteuer

Starke Befürworter sind die Österreicher auch bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU. 72 Prozent votieren für eine solche Maßnahme, das ist nach Deutschland mit 73 Prozent die zweithöchste Quote. Der EU-Durchschnitt beträgt 53 Prozent, Schlusslicht ist hier Estland mit nur 34 Prozent.

Bei der Frage nach einer Regulierung der Gehälter im Finanzsektor durch die EU rangiert Österreich mit einer Zustimmung von 84 Prozent auf Platz drei hinter Slowenien (88 Prozent) und Spanien (85 Prozent). Der EU-Durchschnitt liegt hier bei 74 Prozent, die geringsten Befürworter finden sich mit 57 Prozent in Estland und Malta.

Hochschulabschluss

Nicht so große Stücke halten die Österreicher laut Eurobarometer vom EU-Ziel einer mindestens 40-Prozent-Quote für einen Hochschulabschluss für Menschen zwischen 30 und 40 Jahren. Als "zu ehrgeizig" empfinden das 56 Prozent der Österreicher, das ist Rang vier hinter den Niederlanden (72 Prozent), Deutschland (63 Prozent) und Finnland (58 Prozent). Der EU-Durchschnitt der Skepsis liegt hier bei 38 Prozent. Am wenigsten ablehnend eingestellt sind hier die Dänen mit 15 Prozent.

http://www.wienerzeitung.at/dossiers/ttip/736457_Oesterreicher-gegen-TTIP.html

9) Da braut sich für die Schweiz etwas zusammen (Basler Zeitung, 20.02.2015)

Von Mario Stäuble

An einem Schiedsgericht in Washington kommt ein Millionen-Prozess auf die Schweiz zu – der Erste seiner Art. Wer der Angreifer ist und wofür er Schadenersatz fordert, hält der Bund geheim.

In der amerikanischen Hauptstadt fällt das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten seine Urteile: Das Kapitol von Washington. Foto: Bill Clark (CQ Roll Call)

Investitionsschutz

Mit Verweis auf Investitionsschutzabkommen können zum Beispiel grosse Konzerne von einem Land Schadenersatz einfordern, wenn sie sich durch dessen Politik oder demokratische Entscheidungen benachteiligt fühlen. Über den Anspruch und den Schadenersatz entscheiden spezielle Schiedsgerichte. Diese Abkommen sind seit je umstritten, weil sie Investoren Rechte auf Kosten der Entscheidungsfreiheit souveräner Staaten und ihrer Bevölkerung einräumen.

In einem Interview mit baz.ch/Newsnet hat der renommierte Welthandelsökonom Dani Rodrik den Sinn solcher Abkommen damit erklärt, dass Investoren in Ländern mit einer schwachen oder korrupten Gerichtsbarkeit ansonsten kein Kapital einsetzen würden, was die Entwicklung bremsen könnte. Kein Verständnis zeigt er dagegen für solche Abkommen in entwickelten Ländern mit einer stark entwickelten und zuverlässigen Gerichtsbarkeit.

Der geplante Investorenschutz ist der wichtigste Grund für die starke Opposition, auf die das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) stösst. Kommt dazu, dass die Details dieser Regelungen kaum an die Öffentlichkeit dringen, was das Misstrauen noch verstärkt. Dieses Abkommen hätte auch für die Schweiz eine grosse Bedeutung. (mdm)

Am 21. Januar 2015 sandte die Eidgenossenschaft einen Notruf aus. Man suche eine Anwaltskanzlei, lautete die Nachricht. Die Schweiz müsse damit rechnen, in einen komplizierten Prozess verwickelt zu werden. Man brauche mindestens vier Anwälte, davon zwei auf Stufe Partner. Maximaler Aufwand ab April 2015 bis 2020, wenn alle Schlichtungsversuche scheitern sollten: 17'810 Stunden. Bei einem vorsichtig geschätzten Stundenansatz von 400 Franken ergibt das total 7'124'000 Franken.

Der Chefanwalt und sein Stellvertreter müssen fliessend Deutsch, Französisch und Englisch sprechen. Die gewünschten juristischen Qualifikationen füllen drei Seiten. Wer den Auftrag will, muss sich zuerst vom VBS durchleuchten lassen. Und offenlegen, wie gut die Informatik der Kanzlei gegen Hackerangriffe geschützt ist. So lauten die Bedingungen, welche die Schweiz auf der Vergabeplattform Simap.ch publiziert hat.

Wer interessiert sei, solle sich bis zum 16. Februar 2015 bewerben, Dokumente in vierfacher Ausführung. Die Loge beim Bundesamt für Logistik habe bis 16.00 Uhr geöffnet.

Garantierte «billable hours»

Seither herrscht Nervosität bei vielen grossen Anwaltskanzleien des Landes. Einen solchen Fall gab es noch nie. Die Eidgenossenschaft zu vertreten, das bedeutet Prestige. Und ein Auftrag dieser Grösse, das könnte auf Jahre hinaus garantierte «billable hours» bedeuten, verrechenbare Stunden.

Die Kanzleien trauten der Sache nicht recht: Der Bund hält bis heute geheim, wer der Angreifer ist. Die Anwälte müssten also versprechen, für die Schweiz den Schild zu halten – ohne zu wissen, wer mit gezücktem Schwert auf sie zustürmt.

Aus den Unterlagen, die das Bundesamt für Justiz in seiner Ausschreibung publizierte, lassen sich aber einige Informationen herausfiltern. Der Streit begann im April 2014, als in Bern ein Schreiben eintraf. Titel: «Notification de l'existence d'un différend», etwa: «Benachrichtigung über die Existenz einer Streitsache». Das Bundesamt für Justiz bestätigt das Verfahren heute. Am 28. November 2014 habe der Bundesrat das Departement Sommaruga angewiesen, sich um die Vertretung der Schweiz zu kümmern. «Ausländische Anspruchsteller behaupten, dass ihre Rechte verletzt worden sind, und verlangen Schadenersatz», schreibt ein Sprecher. Für weitere Informationen sei es noch zu früh, da «verschiedene Fallszenarien» möglich seien.

Wie Holcim gegen Venezuela

Es geht also um sogenannten Investitionsschutz. Die Schweiz als Beklagte in einem solchen Verfahren? Das klingt nachverkehrter Welt. Normalerweise sind es Schweizer Unternehmen, die gegen andere Staaten klagen, wenn eine Regierung ihr Geschäft stört oder abwürgt. Ein Beispiel ist der Zementkonzern Holcim. Der hatte 2009 gegen Venezuela geklagt, weil die Regierung von Hugo Chávez dessen lokale Tochtergesellschaft verstaatlicht hatte. Holcim und

Venezuela einigten sich auf eine Entschädigung von 650 Millionen Dollar, welche das Land in Raten abzahlte.

Die Besonderheit: Das Verfahren fand nicht vor einem staatlichen Gericht statt, sondern vor einem internationalen Schiedsgericht in Washington, dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID). Das Tribunal kommt ins Spiel, wenn spezielle Staatsverträge es vorsehen, sogenannte Investitionsschutzabkommen.

Die Schweiz hat mit rund 120 Staaten solche Verträge geschlossen. Die Idee dahinter: Ein Land gibt einen Teil seiner Gerichtsbarkeit ab – und wird dadurch für Investoren attraktiver.

Bis in die 90er-Jahre hinein gab es nur selten Prozesse am ICSID oder ähnlichen Schiedsgerichten. Nach dem Zusammenbrechen der Sowjetunion nahmen internationale Investitionen zu – damit wuchsen auch die Risiken. Dazu kam die Kreativität der Juristen. Sie begannen, den Begriff der «Enteignung» auszuweiten. Die Zahl der Verfahren stieg an. Der Tabakkonzern Philip Morris etwa klagte gegen Uruguay. Das Land hatte seine Tabakpräventionsgesetze verschärft. Und der US-Ölmulti Occidental Petroleum ging gegen Ecuador vor. Die Regierung hatte dem Konzern Bohrlizenzen entzogen.

Früher lief Investitionsschutz vor allem in eine Richtung: Vom Westen in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländer. Das änderte sich in jüngster Zeit. Westeuropa musste feststellen: Diese Verträge sind keine Einbahnstrassen. Deutschland spürte das zum ersten Mal 2009, als der schwedische Energiekonzern Vattenfall gegen die Bundesrepublik klagte – ein Kohlekraftwerk hatte strenge Umweltschutzauflagen erhalten. Zu strenge, befand Vattenfall. Der Streit endete mit einem Vergleich.

Und nun ist die Schweiz an der Reihe.

Despot? Oligarch? Bank?

Redet man mit Anwälten, die sich auf die Ausschreibung gemeldet haben, muss man vorab versprechen, den Namen der Kanzlei nicht zu nennen. Aus Off-the-record-Gesprächen ergibt sich ein merkwürdiges Bild: Niemand scheint eine Ahnung zu haben, worum sich der Streit dreht. «Ich will nicht einmal raten, wer der Kläger sein könnte», sagt ein Anwalt. Spekuliert wird dann doch: Es könnte ein afrikanischer Despot sein, dessen Gelder in der Schweiz eingefroren sind. Oder eine Bank, die hier Dokumente abliefern musste und deshalb Millionen verlor. Oder ein Oligarch. «Es gibt unzählige Möglichkeiten», sagt einer der Anwälte.

Früher oder später muss der Bund offenlegen, um wie viele Millionen und um wen es geht – das Verfahren in Washington ist öffentlich. Gegenwärtig gärt der Streit vor sich hin, es läuft eine zwölfmonatige «Konsultationsphase». Die Schweiz und die Gegenseite versuchen, sich zu einigen, ohne das Schiedsgericht anzurufen. Es kann sein, dass ein Vergleich zustandekommt. Dann zahlt die Schweiz, und der Prozess fällt dahin. Aber die Zeit dafür läuft langsam ab. Im April darf der Gegner klagen.

Letzten Montag endete die Ausschreibung. Mindestens drei Kanzleien haben Dossiers eingereicht. Ihre Anwälte werden sich am 9. und 10. März beim Bundesamt für Justiz vorstellen und ein 85-minütiges «Casting» durchlaufen (Beamer, Stromanschluss und WLAN werden gestellt). Danach wird eine bis zu siebenköpfige Jury nach einem komplizierten

Schlüssel Punkte verteilen. Die Stundenansätze spielen eine Rolle, Diplome, Qualifikationen und Erfahrung. 10'000 Punkte sind das Maximum.

Wer die meisten Punkte sammelt, erhält Auftrag und Renomee. Plus ein Spesenbudget für Auslandsreisen bis maximal 250'000 Franken.

(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 20.02.2015, 23:36 Uhr

<http://bazonline.ch/wirtschaft/standard/Da-braut-sich-fuer-die-Schweiz-etwas-zusammen/story/10817366>

10) TTIP-Handelspakt: Schock für Konsumenten: USA erlauben Gentech- Äpfel (Kronen-Zeitung, 21.02.2015)

Gentech- Wahn made in the USA! Schon 2016 sollen aus den Frankenstein- Labors amerikanischer Konzerne manipulierte Äpfel in die Supermarktregale gelangen. Die Obst-DNA wird dabei so verändert, dass die Früchte ewig frisch bleiben. TTIP- Gegner in aller Welt fühlen sich in ihrer harschen Kritik am Pakt bestätigt. Sehen Sie im Video (oben klicken) wie sich ein manipulierter Apfel im Vergleich zu einem natürlichen im Zeitraffer verändert!

"Unnötig, riskant und unverantwortlich" - so vernichtend ist sogar in den gentech-freundlichen USA die Kritik am Vorstoß der Firma "Okanagan Speciality fruits". Der Agrokonzern will sich die beliebten Sorten Golden Delicious und Granny Smith zur Manipulation vornehmen. Und ihnen Gene einimpfen, die beispielsweise verhindern, dass sie einem natürlichen Reifeprozess anheimfallen.

53 Prozent der Österreicher gegen Pakt

Doch damit noch nicht genug der Frankenstein- Versuche: Ohne Risikoprüfung sind behandelte Gentech- Kiefern im Heranwachsen. Was den "TTIP- Fans" unter heimischen Politikern und Agrariern zu denken geben sollte: Laut Eurobarometer sind bereits 53 Prozent aller Österreicher gegen ein solches Abkommen, der höchste Wert aller EU- Staaten. Unter der wachsenden Front der TTIP- kritischen ÖVP- Politiker ist jetzt auch Niederösterreichs EU-Sprecher Mandl: "Schutz für unsere wertvollen Lebensmittel."

http://www.krone.at/Oesterreich/Schock_fuer_Konsumenten_USA_erlauben_Gentech-Aepfel-TTIP-Handelspakt-Story-440227

11) TPP ist pazifisches TTIP-Pendant. Obama will Super-Freihandelszone forcieren (n-tv, 21. Februar 2015)

Ein gigantischer Freihandelsraum soll in der Asien-Pazifik-Region entstehen - so jedenfalls planen es die USA und eine Handvoll weiterer Staaten. Präsident Obama wirbt nun zu Hause für das Abkommen - bei seinen Landsleuten herrscht bisher jedoch Skepsis.

US-Präsident Barack Obama hat für einen raschen Abschluss des Freihandelsabkommens mit Asien und Südamerika geworben, das 40 Prozent des globalen Wirtschaftsraums abdecken würde. Er werde eng mit den Republikanern im Kongress zusammenarbeiten, um das Transpazifische Partnerschaftsabkommen, kurz TPP, schnellstmöglich zu verabschieden, sagte Obama in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache.

Mit Blick auf Kritik auch in Reihen seiner Demokraten sagte Obama: "Ich muss eingestehen, dass frühere Handelsabkommen nicht immer den Erwartungen gerecht wurden. Aber das heißt nicht, dass wir uns selbst von neuen Chancen abschneiden sollten." Umfragen hatten zuletzt ergeben, dass jeder fünfte Amerikaner skeptisch ist, dass durch Freihandelsabkommen neue Arbeitsplätze entstehen. Weniger als 20 Prozent glauben demnach, dass Freihandel zu höheren Löhnen führt.

USA nicht von Anfang an dabei

Obama hatte im November 2009 angekündigt, Verhandlungen über das TPP aufzunehmen, das seinen Ursprung in einem Abkommen zwischen Chile, Singapur, Neuseeland und Brunei im Jahr 2006 hatte. Die USA verfolgen das Ziel, das Wirtschaftswachstum im eigenen Land durch einen intensiveren Handel innerhalb der Asien-Pazifik-Region zu fördern. Das Freihandelsabkommen soll unter anderem den Abbau von Zöllen sowie die Öffnung der Dienstleistungsmärkte beinhalten.

Bisher sind neben den USA und Kanada zehn weitere Staaten an den Verhandlungen zum TPP beteiligt. Neben den vier Initiatoren sind das noch Australien, Japan, Malaysia, Mexiko, Peru und Vietnam. China wird neben anderen ebenfalls als potenzielles Mitglied gesehen.

Neben dem Abkommen TPP streben die USA auch ein transatlantisches Handelsabkommen mit der Europäischen Union (TTIP) an. Die Verhandlungen laufen seit rund eineinhalb Jahren. Der angestrebte gemeinsame Markt soll fast ein Drittel der Welthandelsströme umfassen.

Quelle: n-tv.de , kst/rts

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Obama-will-Super-Freihandelszone-forcieren-article14561426.html>